

EDITORIAL

Das vorliegende Heft behandelt das Schwerpunktthema „Regierungssysteme in Ost-europa“. Es geht also um die Frage, wie in einem Land das verfassungsrechtliche Kräfteparallelogramm zwischen Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament ausgestaltet ist. Die Wissenschaft bietet hierzu im Allgemeinen eine dreiteilige Klassifikation in parlamentarisches Regierungssystem, präsidentielles Regierungssystem sowie semipräsidentielles Regierungssystem an, wobei von einem Teil der Lehre das semipräsidentielle Regierungssystem lediglich als Spielart des parlamentarischen Regierungssystems gesehen wird. Daneben „schwirren“ in der Wissenschaft alle möglichen Abarten wie parlamentarisch-präsidentielles System, präsidentiell-parlamentarisches System, parlamentarisches System mit präsidentiellem Einschlag, präsidentielles System mit parlamentarischem Einschlag usw. herum. Seit rund 20 Jahren wird mit Blick auf Russland auch die These eines superpräsidentiellen Regierungssystems vertreten.

Diese war auch der Anstoß für die Gestaltung des vorliegenden Heftes. Wurde zwar für Russland postuliert, dass das in diesem Land installierte Regierungssystem kraft der überbordenden Kompetenzen des Staatspräsidenten die herkömmlichen Einteilungen transzendiere und noch am besten als Superpräsidentialismus charakterisiert werden könne, so wurden die bestimmenden Determinanten für ein solches System bislang nicht offen gelegt. In diese Forschungslücke stößt *Michael Trattner* aus Graz in seiner umfangreichen Studie „Die Regierungsform Russlands, der Ukraine und Weißrusslands – Superpräsidentialismus?“. Anhand von 13 Kriterien (ein Schelm, wer hierbei Böses denkt!) entwickelt er nach dem sog. beweglichen System einen Beurteilungsraster für das Vorhandensein dieser Regierungsform. Der Autor kommt – bei aller gebotenen Vorsicht – für Russland, aber auch für Weißrussland zu einem positiven Befund, während für die Ukraine das Vorhandensein eines superpräsidentiellen Regierungssystems definitiv verneint werden kann.

Mitteleuropa bzw. Ostmittelosteuropa „tickt“ demgegenüber anders. *Tina de Vries* und *Herbert Küpper*, beide vom Institut für Ostrecht München/Regensburg, kommen in ihrem Aufsatz „Die Regierungsform in Polen und Ungarn im Vergleich“ zum Schluss, dass sich das polnische Regierungssystem stark an das Vorbild der Fünften Französischen Republik (Semipräsidentialismus) anlehne, während in Ungarn ein parlamentarisches System mit einem mittelstarken Staatsoberhaupt herrsche; dass ungeachtet dieser Unterschiede beide Länder in den letzten Jahren in der Praxis in ein autoritäres Fahrwasser abgedriftet sind, wird freilich nicht verschwiegen. *Jan Wintr* von der Karls-Universität Prag diagnostiziert demgegenüber in seinem Beitrag „Die Regierungsform Tschechiens und der Slowakei im Vergleich“ für beide Länder „eindeutig parlamentarische Regierungssysteme“; auch fehlt es an vergleichbaren politischen Deformationen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Bernd Wieser, Graz